



Wahltaktik geht für ÖVP vor Interessen des Landes

*KPÖ gegen grundlose Neuwahlen –
Bevölkerung muss Machtspiele bezahlen*



Der Landtag ist für fünf Jahre gewählt. Leider wird mittlerweile fast jede Wahl vorgezogen, wenn die Umfragen für die eine oder andere Partei gerade günstig sind. Diesmal haben ÖVP, FPÖ und Grüne eine Neuwahl beschlossen. Der Landtag wird am 24. November neu gewählt.

Landeshauptmann Schützenhöfer hat mit FPÖ und Grünen vereinbart, dass der Landtag am 24. November neu gewählt wird. Eigentlich würde die Arbeitsperiode noch bis Mai 2020 dauern. Gleichzeitig soll danach alles weitergehen wie bisher – nur mit einer Machtverschiebung in Richtung ÖVP.

Die KPÖ lehnt es strikt ab, die Menschen aus rein wahltaktischen Gründen zur Wahl zu rufen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler betont: „Der Landtag ist für fünf

Jahre gewählt. Eine vorzeitige Neuwahl kommt für uns nur in Frage, wenn es einen sehr guten Grund dafür gibt. Der einzige Grund sind gute Werte für die ÖVP. Das ist keine Entscheidung im Interesse des Landes, sondern nur im Interesse der Partei des Landeshauptmannes.“

Ein sachlicher Grund für eine Vorverlegung der Landtagswahl ist nicht bekannt. SPÖ und ÖVP demonstrieren bei jeder Gelegenheit Einigkeit in allen Fragen, eine Regierungskrise ist nicht erkennbar. Offenbar soll die Gunst der Stunde genutzt werden.

Nur weil die Umfragen gerade gut sind, kann man den Menschen nicht ständig Neuwahlen zumuten. Das ist ein fahrlässiges Spiel mit dem Vertrauen in die Demokratie und ein leichtfertiger Umgang mit öffentlichem Geld. Mit dem bald einsetzenden Wahlkampf soll auch davon abgelenkt werden, dass die „Gesundheitsreform“, das erklärte Hauptprojekt dieser Landtagsperiode, in einer Sackgasse ist. Das „Leuchtturmprojekt“, das Leitspital im Bezirk Liezen, steht noch ohne Finanzierungsplan da.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler

Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

An die Zukunft denken!

Rund 700 Arbeitsplätze bei Magna in Graz sind in Gefahr. Ob das nur eine Drohgebärde ist, um die Gewerkschaft vor der bevorstehenden Lohnrunde unter Druck zu setzen, oder ob tatsächlich rückläufige Absatzzahlen bei BMW der Grund sind, darüber schweigt die Betriebsleitung.

Tatsache ist, dass tausende Arbeitsplätze in der Steiermark, besonders im Großraum Graz, von der Tagesverfassung der Automobilindustrie abhängig sind. KPÖ und GLB fordern deshalb von Landesregierung und ÖGB auf, zusammen mit Magna unverzüglich über alternative Geschäftsfelder zu beraten. Sonst wird die Krise der Autoindustrie auch zu einer Krise der Steiermark. Es ist an der Zeit, auch über neue Produktionsbereiche nachzudenken. Das ist der Konzern den Beschäftigten schuldig.

Auf der Strecke bleiben zuerst die Leiharbeiter, die als bloße Mannövrieremasse behandelt werden. Es wäre längst angebracht gewesen, sie in die Stammebelegschaft aufzunehmen.

Claudia Klimt-Weithaler

ENDLICH

KPÖ-Forderung umgesetzt: Bremse für Wahlkampf-kosten kommt!

Seite 2

GESUNDHEIT

Was passiert mit den Spitälern im Bezirk Liezen?

Seite 3

Beschränkung der Wahlkampfkosten kommt

Ausschuss beschließt Kostenlimit auf KPÖ-Antrag ohne schleichende Erhöhung

Im steirischen Landtag wurde beschlossen, dass die Wahlkampfkosten bei Landtagswahlen künftig eine Million Euro pro Partei nicht mehr übersteigen dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die ursprünglich vorgesehene automatische jährliche Erhöhung dieses Betrags (Indexierung) fallengelassen.

Dadurch wird verhindert, dass der Betrag von Wahl zu Wahl automatisch ansteigt. „Solange wichtige Leistungen für die steirische Bevölkerung nicht auch automatisch erhöht werden, ist das auch bei den Wahlkampfkosten nicht vertretbar!“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Alle Parteien haben sich am 5. September auf eine Beschränkung der Wahlkampfkosten auf 1 Mio. Euro pro Partei ausgesprochen. Die Regelung soll schon bei der Landtagswahl am 24. November gelten. Im Gesetz sind auch Strafen bei Überschreitung des



Geld spielt für die großen Parteien im Wahlkampf keine Rolle. Dafür wird auch Jahr für Jahr die Parteienförderung erhöht. Die Beschränkung der Wahlkampfkosten wird keine Wunder wirken, aber zumindest größere Exzesse bei der Geldverschwendung verhindern.

Kostenlimits vorgesehen. Damit bekommt ein Antrag, den die KPÖ bereits 2009 und danach immer wieder eingebracht hat, endlich eine Mehrheit.

„Der selbst auferlegte Druck mancher

Parteien, möglichst große Summen in Wahlwerbung zu stecken, führt zur finanziellen Abhängigkeit dieser Parteien von finanzkräftigen Spendern und zu gigantischer Geldverschwendung“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Kein günstiges Steiermark-Ticket

Zur Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern will LH-Stv. Schickhofer eine Jahreskarte für 300 Euro einführen. Das hätte die SPÖ seit Jahren in der Hand gehabt. Geschehen ist aber nichts.

Derzeit kostet ein Jahresticket für die Zonen Bruck bis Graz 1.395 Euro, ein steiermarkweit gültiges Ticket kostet über 2.250 Euro. Die KPÖ fordert ein Top-Ticket für alle, denn auch für Seniorinnen und Senioren gibt es keine vergünstigte Jahreskarte. Der Antrag erhielt aber keine Mehrheit.

Trotz der hohen Preise im Verkehrsverbund werden die Tarife Jahr für Jahr deutlich über der Teuerungsrate erhöht. „Mit den hohen Ticketpreisen wird kein Anreiz zum Umstieg auf den umweltfreundlichen ÖV geschaffen. Eine Jahreskarte ist für die meisten ein Luxus. Wenn es in anderen Bundesländern funktioniert, muss das auch in der Steiermark möglich sein!“, sagt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die meisten Bundesländer bieten Jahreskarten zu einem deutlich niedrigeren Preis.

Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf die Öffis. Und es würde es einen erheblichen Beitrag zur Reduktion des Feinstaubes leisten. Der Verkehr ist für etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen ver-

antwortlich. Deshalb müsste die deutliche Vergünstigung des ÖV, wie sie von der KPÖ

in Graz durchgesetzt wurde, auch auf Landesebene Priorität haben.



Trotz der teuren Tarife im Verkehrsverbund werden die ÖV-Tarife Jahr für Jahr deutlich über der Teuerungsrate erhöht. „Mit hohen Ticketpreisen wird kein Anreiz zum Umstieg auf den umweltfreundlichen ÖV geschaffen. Eine Jahreskarte darf kein Luxus sein. Wenn es in anderen Bundesländern funktioniert, muss das auch in der Steiermark möglich sein!“, sagt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die meisten Bundesländer bieten Jahreskarten zu einem deutlich niedrigeren Preis. Ein KPÖ-Antrag auf eine Jahreskarte um 300 Euro erhielt im Landtag keine Mehrheit.

Millionengrab gebremst, aber keine Garantie für Liezener Spitäler

LAbg. Murgg (KPÖ): Chance für Neuanfang der missglückten Reform, aber keine Mehrheit für KPÖ-Forderung nach einer Standortgarantie

Eine große Mehrheit der Bevölkerung erteilt der Schließung der Spitäler im Bezirk Liezen eine Absage. Dennoch sollte nach dem Willen der Landesregierung an deren Stelle in Stainach-Pürgg ein „Leitspital“ errichtet werden. Das scheint nun aus technischen und finanziellen Gründen zu scheitern.

EHRlich GESAGT



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Rückkehr zur Vernunft!

Anfang September hat Finanzlandesrat Lang zugegeben, dass für das Leitspital in Liezen nicht einmal die Finanzierung feststeht. Wenn sich die Baukosten erhöhen, drohen massive Einbußen bei der Qualität und der Ausstattung. Es wäre sinnvoll und vernünftig, die Planungen und Vorbereitungen abzubrechen und den Diskussionsprozess neu zu starten. Aber diesmal ohne vorgefertigtes Ergebnis und unter Einbeziehung der Bevölkerung! Es ist Zeit, zur Vernunft zurückzukehren.

Werner Murgg



Während Landesrat Drexler daran festhält, bremste der Landtag die Regierung. Die KPÖ sieht darin eine Chance für einen Neuanfang der Spitalsreform. Diese müsse, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg, aber auf dem Boden der Volksbefragung durchgeführt werden. Denn der heute mehrheitlich gefasste Beschluss, die Pläne der ÖVP zu überdenken, enthält keine Garantie für die derzeitigen Standorte. Insbesondere für Bad Aussee und Schladming wird im Antrag keine Garantie abgegeben, im Antrag heißt es nur schwammig, dass die „Versorgungsleistungen an den bestehenden Standorten Schladming und Bad Aussee zu adaptieren“ sind. Das kann auch bedeuten,

dass die Spitäler geschlossen und durch Primärversorgungszentren ersetzt werden, warnt die KPÖ. Eine Grundversorgung rund um die Uhr wäre damit nicht mehr gegeben. Deshalb hat die KPÖ auch nur für Teile des Antrags gestimmt. „Die Beschlüsse bremsen das Millionengrab Stainach-Pürgg, aber sie garantieren nicht die bestehenden Standorte. Der Kampf um die Spitäler ist damit leider nicht beendet“, so Murgg. Ein unmissverständlich formulierter Antrag der KPÖ, in dem eine ergebnisoffene Neuplanung der Spitalsversorgung unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Volksbefragung gefordert wurde, wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und der Grazer Stadtrat Robert Krotzer unterstützen das Klimavolksbegehren. Ihre Unterschrift ist wichtig: Wenn nur die Profite zählen, bleiben Menschen und Umwelt auf der Strecke! Informationen finden Sie hier: <https://klimavolksbegehren.at/>

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

Der steirische KPÖ-Spitzenkandidat für die Nationalratswahl, Robert Krotzer, setzt sich für eine Senkung der Politikergehälter ein. „Wer als Nationalrat über 8.000 Euro oder als Bundeskanzler über 22.000 Euro verdient, ist weit weg von den Problemen einer Mindestpensionistin, eines Kellners oder einer alleinerziehenden Mutter. **Abgehobene Gehälter führen zu einer abgehobenen Politik!**“

Der steirische Journalist Max Zirngast wurde am 11. September in der Türkei freigesprochen. Das Gericht in Ankara hat festgestellt, dass keine Beweise gegen ihn vorliegen. Die KPÖ Steiermark freut sich mit Max Zirngast und seinen ebenfalls freigesprochenen Mitangeklagten. Noch immer sind unzählige Menschen in der Türkei aus **politischen Gründen inhaftiert** – auch ihnen gilt unsere Solidarität!

Die nicht amtsführende Wiener FPÖ-Stadträtin **Ursula Stenzel** ist zuletzt dadurch aufgefallen, dass sie beim Aufmarsch einer rechtsextremen Gruppe in Wien mitmarschiert ist und eine Ansprache gehalten hat. Fürs das Nicht-Führen ihres Amtes kassiert sie im Monat 8.900 Euro brutto.

Mit Sanktionen will das AMS Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess bringen. Nun streicht Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) auch noch bei der Mindestsicherung, sodass nur noch 215 Euro im Monat bleiben. „Zumindest die Wohnung muss gesichert bleiben, denn niemand kann wollen, dass Betroffene auf der Straße landen. Es muss eine **menschliche Lösung** gefunden werden“, appelliert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an die Soziallandesrätin.

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Nationalratswahl: „Gesundheit nicht kranksparen!“

„Gute Gesundheitsversorgung und Pflege dürfen nicht vom Vermögen eines Menschen abhängig sein, sondern sind für uns ein Grundrecht“ sagt **Robert Krotzer**. Zwei-Klassen-Medizin, lange Wartezeiten, Pflege-notstand, massiver Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, Krankenhausschließungen. Das ist in Österreich tägliche Realität. „So darf es nicht weitergehen“, findet Krotzer. Kürzungen auf Kosten der Beschäftigten und der Patienten und Patientinnen lehnt er strikt ab. Im Gegenteil: „Es braucht endlich gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung in den Gesundheits- und Pflegeberufen.“

Eine Abschaffung des Pflege-regresses sei auch in der mobilen Pflege nötig, um nicht finanzielle Anreize zu schaffen, in ein Pflegeheim zu gehen, so Krotzer. Auch einheitliche und gesetzliche Standards in der 24-Stunden-Betreuung seien ein Gebot der Stunde – „zum Wohle der alten Menschen ebenso wie im Sinne der Betreuerinnen“.

Wohnen: Für Kautionsfonds und Mietzinsobergrenzen

Um 24 Prozent sind die Mieten in der Steiermark innerhalb der letzten 10 Jahren gestiegen. Dazu kommen steigende Tarife für Strom, Heizung und Betriebskosten sowie teure Maklerprovisionen und Kautionen. „Immer mehr Menschen müssen 40 oder gar 50 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen“, erzählt **Elke Kahr** aus ihrer täglichen Arbeit. „Währenddessen steigen die Profite der Immobilienbranche und von Spekulanten immer weiter“, kritisiert die Kommunistin. Sie nimmt positiv zur Kenntnis, dass nun auch Sebastian Kurz im Wahlkampf die KPÖ-Forderung nach der Abschaffung der Maklerprovision für Mieter und Mieterinnen übernommen hat. „Es braucht aber wesentlich mehr“, so Kahr. Sie fordert unter anderem fixe Mietobergrenzen, einen österreichweiten Kautionsfonds nach Grazer Vorbild



Spitzenkandidat Univ.-Prof. Ivo Hajnal mit der Listenzweiten Elke Kahr und dem steirischen KPÖ-Spitzenkandidaten Robert Krotzer.

und verstärkten Wohnbau durch die öffentliche Hand.

Prominente Namen finden sich auf den Listen der KPÖ. Der Grazer Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer führt die Grazer

und die steirische Liste an, die Grazer Stadträtin **Elke Kahr** ist auf Platz zwei der Bundesliste. Österreichischer Spitzenkandidat ist **Ivo Hajnal**, parteiloser Universitätsprofessor aus Innsbruck.





FRIEDENS MARSCH UND NEUTRALITÄTSFEIER

SA., 26. OKTOBER | MÜRZZUSCHLAG

14:00 TREFFPUNKT BEIM HAAS-DENKMAL IN MÜRZZUSCHLAG

Ansprache von KPÖ-LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler**, anschl. Friedensmarsch

15:00 FESTVERANSTALTUNG IM WINTERSPORTMUSEUM

Begrüßung durch KPÖ-Gemeinderat **Franz Rosenblatt**
Festrede von **Ortwin Rosner**, Literaturwissenschaftler und Autor
MUSIK: **WOODY'S MACHINE** Eine Hommage an Woody Guthrie








— HELFEN STATT REDEN —

GESUNDHEIT NICHT KRANKSPAREN

WENN DU ES WILLST

...

IN DER STEIERMARK 